



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

Entfelderstrasse 11, Postfach
CH-5001 Aarau

Medienmitteilung

Ort, Datum
Aarau, 14. Oktober 2013

Ansprechperson
Peter Lüscher

Telefon direkt
062 837 18 01

E-Mail
peter.lüscher@aihk.ch

\\Server01\daten\S\23_MEDIENMITTEILUNGEN\2013\--\$stimmungsparolen 24. November 2013.docx

AIHK-Parolen für die Volksabstimmungen vom 24. November 2013

Nein zu 1:12 sowie den beiden anderen eidgenössischen Vorlagen

Am 24. November 2013 werden die Stimmberechtigten zum letzten Mal in diesem Jahr an die Urne gebeten. Drei eidgenössische sowie eine kantonale Vorlage stehen zur Abstimmung. Über die Aargauische Volksinitiative «Bezahlbare Pflege für alle» wird der Vorstand der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) anlässlich seiner Sitzung im November beschliessen. Zu den drei Geschäften auf Bundesebene hat er bereits folgende Parolen gefasst:

Gegen staatliches Lohndiktat

Die Volksinitiative der Jungsozialisten «1:12 – Für gerechte Löhne» ist aus Sicht der AIHK klar abzulehnen. Nach dem Wortlaut der Initiative soll der höchste in einem Unternehmen ausbezahlte Lohn künftig maximal zwölfmal höher sein als der tiefste. Eine dahingehende Verfassungsänderung käme nicht nur einem staatlichen Lohndiktat gleich, sondern brächte auch die Gefahr mit sich, dass vermehrt Stellen im Tieflohnbereich einfach ausgelagert würden. Hinzu kämen zahlreiche weitere schädliche Auswirkungen: Eine Annahme der Initiative würde den Wirtschaftsstandort Schweiz gefährden, den Arbeitsmarkt erheblich beeinträchtigen und schliesslich zu massiven Ausfällen bei der AHV sowie bei den Steuereinnahmen führen.

Ablehnung der «Familieninitiative»

Ebenfalls «Nein» sagt der AIHK-Vorstand zur «Familieninitiative» der SVP. Das Begehren sieht vor, dass Familien, in denen Eltern ihre Kinder selbst betreuen, einen mindestens gleich hohen Steuerabzug vornehmen können, wie Familien, bei denen die Kinder fremdbetreut werden. Da den selbstbetreuenden Eltern aber gar keine effektiv abzugsfähigen Kosten entstehen, würde dies letztlich zu einer steuerlichen Ungleichbehandlung führen. Kommt hinzu, dass die Initiative mit dem Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nur schwer vereinbar wäre und gleichzeitig falsche Anreize für gut ausgebildete Arbeitskräfte schaffen würde.

Ohne Mehrwert keine Mehrbelastung

Auf Ablehnung des AIHK-Vorstands stösst schliesslich auch die geplante Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes. Die vom Parlament beschlossene Erweiterung des Nationalstrassennetzes um rund 400 Kilometer führt beim Bund zu Mehrkosten, welchen mit einer Preiserhöhung der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken begegnet werden soll. Angesichts der Tatsache, dass dieser – auf den ersten Blick sicher verkräftbaren – Verteuerung kein spürbarer Mehrwert gegenüber steht, ist eine solche fiskalische

./.



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

Entfelderstrasse 11, Postfach
CH-5001 Aarau

Mehrbelastung allerdings abzulehnen. Die AIHK kann erst Ja zu einer Vignettenpreiserhöhung sagen, wenn ein Strasseninfrastrukturfonds geschaffen worden ist.

Zusätzliche Informationen

Alle vier Vorlagen, über welche die Aargauer Stimmberechtigten am 24. November 2013 entscheiden, wurden von der AIHK-Geschäftsstelle bereits an anderer Stelle thematisiert. Mehr Informationen und Argumente finden Sie in den entsprechenden Beiträgen, die auf der Webseite unter folgendem Link publiziert sind: <http://www.aihk.ch/wirtschaftspolitik-fuer-die-unternehmen/volksabstimmungen-wahlen/volksabstimmungen-wahlen/index.html>

Die AIHK-Parolen im Überblick

Eidgenössische Vorlagen:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|
| ▪ Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne» | NEIN |
| ▪ Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» | NEIN |
| ▪ Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen | NEIN |

Kantonale Vorlagen:

- | | |
|------------------------------------------------|----------------------------------|
| ▪ Volksinitiative «Bezahlbare Pflege für alle» | Parolenfassung
am 7. November |
|------------------------------------------------|----------------------------------|

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer zählt mehr als 1'600 Mitgliedunternehmen. In diesen Unternehmen – grossmehrheitlich KMU – arbeiten rund 40 Prozent der in unserem Kanton Erwerbstätigen. Die AIHK vertritt damit die Interessen eines wesentlichen Teils unserer Wirtschaft. Wir setzen uns für optimale Rahmenbedingungen ein, die ein erfolgreiches Wirtschaften im Kanton Aargau ermöglichen. Davon können letztlich alle Einwohnerinnen und Einwohner profitieren. Daneben bieten wir unseren Mitgliedunternehmen ein gut ausgebautes Angebot von Dienstleistungen, seien das Rechtsberatung, kostengünstiger Vollzug von Sozialversicherungen oder Exportdienstleistungen.